

„Tribunal der Fünf“ Das Treffen der sozialistischen Staaten am 23. März 1968 in Dresden

von
KONSTANTIN HERMANN

Die bisher ausführlichste Darstellung des Dresdner Treffens von 1968 brachte ein Sammelband von Reinhardt Eigenwill im Dresdner Jubiläumsjahr 2006.¹ Diese Aufsatzsammlung versuchte erstmals, den Charakter der sächsischen Residenz- und Landeshauptstadt als Konferenzort darzustellen. Paul Rachel hatte zwar bereits neunzig Jahre früher Monarchenbesuche in Dresden im jeweiligen politischen und kulturellen Kontext behandelt, ohne aber einen wirklich systematischen Abriss zu bieten.² Immerhin konstatierte Rachel, dass nach Friedrich Augusts II. Tod im Jahre 1763 das fürstliche „Besuchsleben nicht über den üblichen Durchschnitt“ hinausging, und nach 1815 vor allem wettinische Familienfeste für die Mitgliedern auswärtiger Königshäuser Anlass gaben, nach Dresden zu reisen.

Diese Konjunktur fürstlicher Visiten spiegelt sich auch bei den bedeutenden politischen Konferenzen wider. Konferenzen werden im Folgenden als Tagungen bzw. Arbeitstreffen von Monarchen oder Politikern verstanden, auf denen vorher festgelegte Themen diskutiert wurden und die greifbare Ergebnisse in der europäischen Politik zeitigten.³ Dies unterscheidet sie von Fürsten- und Monarchentreffen, die oft auch privaten Charakter trugen oder für die europäische Geschichte geringe oder keine Bedeutung besaßen. Politische Gespräche sind bei diesen Besuchen allerdings immer geführt worden. Kaiser Matthias etwa versuchte 1617 in Dresden, Johann Georgs I. Unterstützung bei der Kaiserwahl König Ferdinands von Böhmen zu erhalten.⁴ Die vor allem von kultureller Ausstrahlung nach ganz Europa, weniger durch außenpolitische Aktivität hervortretende Zeit Augusts des Starken weist keine Konferenzen dieser Art in Dresden nach. Nach dem Ende der sächsisch-polnischen Union stand die Wiederbelebung des durch den Siebenjährigen Krieg verarmten Landes im Vordergrund. Die Zeit von 1763 bis 1849 blieb von außenpolitischer Zurückhaltung bestimmt.⁵ Die Pillnitzer Deklaration von 1791 fiel in eine Zeit dieser geringen außen-

¹ KONSTANTIN HERMANN, *Das Rendezvous im Rathaus*, in: *Dresden – Schauplatz großer Geschichte*, hrsg. von Reinhardt Eigenwill, Dresden 2006, S. 95-104.

² PAUL RACHEL, *Fürstenbesuche in Dresden*, in: *Dresdner Geschichtsblätter* 16 (1907) 2, S. 137-149; die (späteren) Kaiser Karl IV., Ferdinand I.; Jg. 17 (1908) 2, S. 229-244; Maximilian II.; Jg. 18 (1909) 2, S. 17-30, 3: S. 37-47; Matthias; Jg. 19 (1910) 1, S. 69-84, 2, S. 87-94; Karl VII., Joseph II.; Jg. 20 (1911) 1, S. 129-144; Leopold II., 2: S. 145-150; Wilhelm I., Wilhelm II.

³ Siehe dazu allgemein: D. C. WATT (u. a.), *What is Diplomatic History ...?*, in: *What is History Today?*, hrsg. von Juliet Gardiner, London 1988, S. 131-142; ANDREAS WIRSCHING, *Internationale Beziehungen*, in: *Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch*, hrsg. von Joachim Eibach/Günther Lottes, Göttingen 2002, S. 112-125.

⁴ PAUL RACHEL, *Fürstenbesuche in Dresden*, Teil 1: *Deutsche Kaiser: Matthias 1617*, in: *Dresdner Geschichtsblätter* 18 (1909) 2, S. 17-30 und 37-47. Für die Beschreibungen siehe außerdem EIGENWILL (wie Anm. 1).

⁵ KATRIN KELLER, *Landesgeschichte Sachsen*, Stuttgart 2002, S. 253-307.

politischen Aktivität; für Kurfürst Friedrich August III. standen dabei die deutschen Angelegenheiten im Vordergrund.⁶ Deshalb beteiligte er sich nicht an der Konferenz, sondern wirkte nur als Gastgeber, da in Pillnitz auch ein Vorgehen gegen Frankreich diskutiert wurde. Vor allem versuchte er, die Reichsverfassung zu wahren. Von Österreich und Preußen hätte er Unterstützung für die erbliche polnische Krone erhalten, die er aber ablehnte. Auch die Begegnung Kaiser Napoleons I. mit Klemens von Metternich 1813 in Dresden ist kein Ausdruck sächsischer Außenpolitik. Napoleon kehrte aus Russland nach Paris über Dresden zurück, wohin Metternich wegen eines Treffens reiste.⁷ Diese politische Zurückhaltung wurde 1849 aufgegeben, als Friedrich Ferdinand von Beust zum sächsischen Außenminister avancierte. Er versuchte auf den Dresdner Konferenzen 1850/51 eine einheitliche Politik der deutschen Mittelstaaten gegen Preußen und Österreich zu initiieren, was aber misslang.⁸ Diese Periode aktiver Außenpolitik endete 1866 mit dem Beitritt Sachsens zum Norddeutschen Bund, mit dem Sachsen seine außenpolitische Handlungsfähigkeit endgültig verlor.

So können auch die Konferenzen 1968 und 1989 nicht mehr als Ausdruck sächsischer Außenpolitik betrachtet werden. Wie das Treffen von 1813 waren es keine Staatsbesuche im offiziellen, protokollarischen Sinne. 1968 fand das „Tribunal der Fünf“ allein aus pragmatischen Gründen in Dresden statt, um Dubček keinen Vorwand für eine Absage zu geben, wenn die Konferenz zu weit von Prag entfernt stattfinden würde. 1989 wählten Kohl und Modrow Dresden als Tagungsort, weil sich beide auf einen anderen nicht einigen konnten. Der Ministerpräsident schlug Berlin vor, um die politische Selbständigkeit der DDR zu demonstrieren, was Kohl aus eben diesem Grund ablehnte, der dafür Leipzig als Stadt der Bürgerbewegung und als Stadt der Massendemonstrationen, die zur politischen Wende 1989 führten, favorisierte. Dies kam jedoch für Modrow nicht in Frage. So richtete Dresden als zweite Wahl das Gespräch aus, da es die zweitgrößte Stadt der DDR und langjährige Wirkungsstätte von Modrow war.⁹ Zudem blieb die 1968 stattgefundene Konferenz ohne unmittelbare politische Folgen, und die Gesprächsergebnisse zwischen Kohl und Modrow wurden schon nach wenigen Wochen von der Entwicklung überholt.

Aktive Außenpolitik manifestierte sich also auch im Abhalten von Konferenzen in der Hauptstadt. Die Lücke zwischen 1850/51 und 1968 ist deutlich. Auch die Treffen nach 1989 sind Ausdruck regulärer außenpolitischer Kontakte Sachsens, die sich vor allem Wirtschafts- und Kulturfragen widmen. 2006 fand die letzte große Konferenz statt, als sich der russische Präsident Wladimir Putin und die Bundeskanzlerin Angela Merkel zum „Petersburger Dialog“ im Oktober 2006 in Dresden trafen.

⁶ PAUL RACHEL, Fürstenbesuche in Dresden, Teil 1: Deutsche Kaiser: Leopold II. 1791, in: *Dresdner Geschichtsblätter* 20 (1911) 1, S. 129-144 und 2: S. 145-150; DORIT PETSCHER, *Sächsische Außenpolitik unter Friedrich August I. Zwischen Retablisement, Rheinbund und Restauration*, Köln/Weimar/Wien 2000.

⁷ REINHARDT EIGENWILL, Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts. Das Zusammentreffen Napoleons I. mit Metternich im Sommer 1813, in: *Dresdner Hefte* 83 (2005), S. 45-50.

⁸ Die *Dresdener Konferenzen und die Wiederherstellung des Deutschen Bundes 1850/51*, bearb. von JÜRGEN MÜLLER, München 1996; *Die Dresdener Konferenzen 1850/51. Förderalisierung des Deutschen Bundes versus Machtinteressen der Einzelstaaten*, hrsg. von JONAS FLÖTER/GÜNTER WARTENBERG (*Schriften zur sächsischen Landesgeschichte*, Bd. 4), Leipzig 2002.

⁹ HELMUT KOHL, „Ich wollte Deutschlands Einheit“, hrsg. von KAI DIEKMANN, Berlin 21999; HANS MODROW, *Ich wollte ein neues Deutschland*, Berlin 21998.

Die Bedeutung einer Konferenz spiegelt sich auch in anderen Faktoren außer dem Ergebnis wider. So waren die Treffen von 1813, 1968 und 1989 kurzfristig anberaumt, während es 1617, 1791 und 1850/51 längere Planungen und auch reichhaltige Rahmenprogramme gab. Bei den beiden letzten Treffen fiel die Wahl bewusst auf Dresden. Friedrich Wilhelm II. von Preußen hatte 1791 Dresden als Hauptstadt einer Mittelmacht, eines Vermittlers zwischen Preußen und Österreich vorgeschlagen. Diese Mittlerrolle füllte Sachsen mehrere Jahrzehnte aus. Im Herbst 1849 hielten Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und Franz Joseph von Österreich in Pillnitz eine Tagung über ein Bündnis deutscher Staaten ab, die die Vorbesprechung zu den Konferenzen 1850/51 bildete.¹⁰ Diese konstante Mittlerfunktion des 18. und 19. Jahrhunderts verdeutlicht sich also auch an den Konferenzen und Tagungen. Die Zeitdauer der Konferenzen ist dabei nicht abhängig von der Bedeutung des Treffens.

Bei den Konferenzen ab 1813 mit Ausnahme von 1850/51 waren keine sächsischen Vertreter mehr anwesend.¹¹ Doch auch die Nichtteilnahme von sächsischen Staatsmännern lässt Tagungen aussagekräftig erscheinen. Dresden fand als Hauptstadt Sachsens Berücksichtigung als Tagungsort, die Wahl Dresdens war demzufolge vor allem Ausdruck der Bedeutung Sachsens im politischen Europa. Ein Schlagwort „Dresdner Politik“ könnte daher nur metaphorisch im auf Sachsen bezogenen Sinne – Dresden als Sitz der Regierungsbehörden und damit der Politik – oder für das regionale politische Zentrum gelten. Zwar nannte der Leiter der Pressestelle der Sächsischen Staatskanzlei, Arthur Grafe, 1930 einen Essay „Einen Ausflug ins politische Dresden“ und meinte dabei eine europäische Politik Dresdens, doch lehnte er den Begriff „Dresdner Politik“ für das 20. Jahrhundert ab. Er setzte Dresdner mit sächsischer Politik gleich und bezeichnete „Dresdner Politik deutschen, ja europäischen Formats als vergangen“.¹² Auch der Titel von Eigenwill „Dresden – Schauplatz großer Geschichte“ impliziert in Teilen eine inaktive Rolle; ein Schauplatz muss nicht Aktionszentrum sein.

Eine dezidiert landesgeschichtliche Betrachtung des „Tribunals der Fünf“ wird 2008 zur vierzigsten Wiederkehr des Prager Frühlings und seiner gewaltsamen Beendigung durch die Invasion der Warschauer-Vertrags-Staaten in der Nacht vom 21. August 1968 in der fachwissenschaftlichen Diskussion, aber auch in populären Darstellungen in Presse, Büchern und Fernsehen vor allem in Sachsen berücksichtigt werden.¹³ Ein gesteigertes öffentliches Interesse ist zu erwarten, zumal sich am Einmarsch in die Tschechoslowakei mehrere sozialistische Länder beteiligten und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR) Nachbarland sowohl der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) als auch der Bundesrepublik Deutschland war. Auch durch den regen Besucherverkehr zwischen der DDR und der ČSSR oder durch tschechoslo-

¹⁰ Die gleiche Thematik lässt dieses Treffen in den Komplex 1850/51 einordnen.

¹¹ Sachsen also hier nicht als Herkunfts- oder Landesbegriff, sondern im Sinne von in sächsischen Diensten stehenden.

¹² ARTHUR GRAFE, Unpolitischer Ausflug ins politische Dresden, in: Erinnerung an Dresden 1930, hrsg. von Heinrich Zerkau, Leipzig 1930, S. 18-21, hier S. 18.

¹³ Ähnliches geschah 2006, als zahlreiche Veröffentlichungen den ungarischen Volksaufstand von 1956 thematisierten und neue Bezüge eröffneten. Vgl. in globaler Diskussion u. a. Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, hrsg. von HENDRIK BISPINCK (u. a.), Berlin 2004; 1956. European and Global Perspectives, hrsg. von CAROLE FINK/FRANK HADLER/TOMASZ SCHRAMM (Global history and international studies, Bd. 1), Leipzig 2006; Europäische Aspekte zur ungarischen Revolution 1956, hrsg. von IBOLYA MURBES/GERHARD WANNES, Feldkirch 2006; GYÖRGY DALOS, 1956. Der Aufstand in Ungarn, München 2006.

wakische Medien, die in den ostdeutschen Staat wirkten, lagen die Geschehnisse in der Tschechoslowakei den DDR-Bürgern mental näher als die ungarischen Ereignisse von 1956, zumal noch eine halbe Generation mehr zwischen beiden Entwicklungen liegt. Besonders bei der Bevölkerung Sachsens ist die Erinnerung auch noch relativ stark, da die Marschrouten der Nationalen Volksarmee (NVA) und der Sowjetarmee in Richtung ČSSR durch sächsische Städte und Dörfer verliefen.

Die Fachwissenschaft thematisierte seit 1990 die Rolle der DDR-Staatsführung und der Nationalen Volksarmee während des Prager Frühlings intensiv; eine Diskussion, die auch in der breiten Öffentlichkeit Interesse fand.¹⁴ Eine der ersten Maßnahmen der frei gewählten Volkskammer war am 12. April 1990 daher die Bitte an die „Völker der Tschechoslowakei um Entschuldigung für das begangene Unrecht“, da die Volkskammer der DDR eine Mitschuld an der Niederschlagung des Prager Frühlings gab.

Das Dresdner Treffen blieb im Gegensatz zu dieser hohen Aufmerksamkeit der 1968er-Ereignisse und trotz seiner Bedeutung nicht im öffentlichen Langzeitbewusstsein verhaftet. Dies hat mehrere Gründe. Da es ursprünglich geheim bleiben sollte, war das Wissen der Dresdner Bürger über das Treffen vage. Außerdem verlief die Zusammenkunft für die Dresdner Bevölkerung folgenlos. Dies galt für die gesamte Bevölkerung der DDR und der ČSSR. Durch die schnelle Entwicklung in der ČSSR wurde die Dresdner Konferenz bald von anderen Ereignissen überschattet. Das Dresdner Treffen fand daher keine Verankerung im öffentlichen Gedächtnis.¹⁵ Dies, obwohl das Tribunal in der zeitgenössischen Tagespresse – wenn auch meist nur kurz – und in der wissenschaftlichen Literatur thematisiert wurde und in der Geschichtsschreibung zum Prager Frühling einen festen Platz hat. Auch in der Memoirenliteratur ist es mehrfach erwähnt. Dubček wurde erstmals von mehreren Staatsführern der sozialistischen Länder wegen der tschechoslowakischen Entwicklungen zur Rede gestellt. Zwar kannte kaum jemand den Inhalt der Gespräche, doch dass es eine Herausforderung für Dubček war, ahnten wohl die meisten Zeitzeugen. Es war das erste von 18 Treffen der „sozialistischen Bruderstaaten“, die zwischen Februar und August 1968 stattfanden und die Ereignisse in der ČSSR thematisierten, und so erlangte es kurze Zeit große Aufmerksamkeit. „Um dieses Treffen in Dresden gab es damals viel Geschrei“, hielt ein zeitgenössischer Journalist fest.¹⁶

Historiker bewerten das Treffen einheitlich als wichtige Etappe in der Geschichte der tschechoslowakischen Ereignisse 1968, vor allem in seiner Niederschlagung. Karen Dawisha charakterisierte das „Dresden Meeting“ in einer der ausführlichsten Würdigungen als „the real beginning of the crises“.¹⁷ Kieran Williams schrieb: „with the Dresden summit the Soviets moved from discreet signalling to outright demands“.¹⁸ „Only

¹⁴ Das belegen die zahlreichen Zeitungsartikel. So z. B.: GERHARD FAUL, „Bruderstaaten“ erstickten Prager Frühling, in: Freie Presse vom 21.8.1998; RAINER KOCH, Der Freund der Tochter war plötzlich der Feind des Volkes, in: Freie Presse vom 21.8.1998; GERD SCHICHTEN, Der zweite deutsche Marsch auf Prag fand nicht statt, in: Neue Zeit vom 21.8.1993. Siehe auch: Folgenlose Nachbarschaft? Spuren der DDR-Außenpolitik in den deutsch-tschechischen Beziehungen, hrsg. von MICHAEL WEIGL, Hamburg/Münster 2006.

¹⁵ So war es sowohl im Stadtarchiv als auch in der Dresden-Chronik des Stadtmuseums unbekannt. Mündliche Nachfragen des Verfassers 2005.

¹⁶ VASIL BILAK, Wahrheit blieb Wahrheit. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1967–1970, Berlin 1973, S. 290, zu Dresden S. 290–297.

¹⁷ KAREN DAWISHA, The Kremlin and the Prague Spring (International crises behavior series, Bd. 4), Berkeley/Los Angeles 1984, S. 37, zu Dresden S. 37–50.

¹⁸ So KIERAN WILLIAMS, The Prague Spring and its aftermaths. Czechoslovak politics 1968–1970, Cambridge 1997, S. 70, zu Dresden S. 70–72. Er enthält sich aber weiteren Wertungen.

after the occupation were accounts given suggesting that the Dresden meeting had been an occasion for stringent criticism of Czechoslovak policies by Brezhnev and other leaders ...“, führte H. Gordon Skilling 1976 aus.¹⁹ Auch die Ausführungen der involvierten Zeitzeugen stehen im Widerspruch zu diesem geringen Bekanntheitsgrad des Treffens in Dresden selbst. Einzig Alexander Dubček schätzte in seinen Erinnerungen das Dresdner Tribunal als „überwertet“ ein.²⁰ Er erkannte zwar an, dass sich mit dem Dresdner Treffen ein Tribunal etabliert hatte, das aus einem engeren Kreis sozialistischer Länder bestand, aber das Postulat der später Breshnew-Doktrin genannten eingeschränkten Souveränität der sozialistischen Staaten fand sich in Dresden erstmals. Noch auffälliger ist diese Ansicht Dubčeks, da er in Interviews andere Auffassungen vertrat. Vasil Bilak, sein Gegenspieler, nannte Dresden dagegen einen „wesentlichen Meilenstein“. ²¹ Er betonte die Wichtigkeit des Treffens ausdrücklich. Bilak erlebte in Dresden die Kompromisslosigkeit der anderen sozialistischen Staaten. Zudem war er bestürzt darüber, dass Dubček das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPC) nicht umfassend informierte und kaum Konsequenzen aus dem Treffen zog. Seit dem 23. März ging Bilak zu Dubček auf Distanz; er meinte, Dubčeks Weg führe für die ČSSR in eine Katastrophe. Bilak widmete dem Treffen in seinen Erinnerungen breiten Raum,²² für die er aus seinen umfangreichen Mitschriften schöpfte. Vor allem seine Äußerungen waren für die Historiker eine wichtige Bezugsquelle. Als die staatlichen Archive in der Deutschen Demokratischen Republik und ČSSR nach 1990 geöffnet wurden, bestätigten die aufgefundenen Unterlagen Bilaks inhaltliche Mitteilungen.²³ Doch kennzeichnete der das Gespräch verzerrend als absolut freimütig und freundschaftlich.²⁴ Die Teilnehmer hätten versucht, die ČSSR durch gutes Zureden – wie Breshnews *wir meinen es als ehrliche Freunde* – wieder fest in das System der sozialistischen Staaten einzubinden.²⁵ Was

¹⁹ H. GORDON SKILLING, *Czechoslovakia's Interrupted Revolution*, Princeton (New Jersey) 1976, S. 209.

²⁰ ALEXANDER DUBČEK, *Leben für die Freiheit*, München 1993, S. 210-212, hier S. 211. Auch Jan Pauer schrieb, dieser Versuch Dubčeks sei „wenig glaubwürdig“; vgl. JAN PAUER, *Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe – Planung – Durchführung*, Bremen 1995, S. 43.

²¹ Schon am 3.9.1969 in einem Gespräch, abgedruckt in der „Tribuna“ und im „Rude pravo“. Nachgedruckt in der Gesprächsammlung, die den programmatischen Titel „Wahrheit blieb Wahrheit“ trägt. Ähnlich programmatisch der deutsche Titel seiner Erinnerungen: „Wir riefen Moskau zu Hilfe“. VASIL BILAK, *Wir riefen Moskau zu Hilfe. Der „Prager Frühling“ aus der Sicht eines Beteiligten*, hrsg. von Klaus Kukuk, Berlin 2006, S. 290.

²² 23 Seiten von insgesamt 288; vgl. BILAK, *Moskau* (wie Anm. 21). Bilak irrte sich allerdings im Datum; er nannte als Tagungstermin den 22. März 1968.

²³ Wie genau die Fachwissenschaft Kenntnis vom Inhalt der in Dresden geführten Gespräche hatte, zeigt vor allem PAUER, *Prag 1968* (wie Anm. 20), S. 34-45. *Strucny zaznam z porady siestich bratskych stran konanej v Drazdanoch dann 23. marca 1968* (Kurze Aufzeichnung von der Beratung der sechs Bruderparteien, die am 23. März in Dresden stattfand) A UV KSC, fond G. Husak (nach PAUER, *Prag 1968* [wie Anm. 20]). Selbst Zitate finden sich darin. Pauer schöpfte vor allem aus staatlichen Quellen und Erinnerungen und konnte trotz des damals noch nicht aufgefundenen Stenogramms zum Dresdner Treffen ein präzises Bild liefern.

²⁴ BILAK, *Wahrheit* (wie Anm. 16), S. 290.

²⁵ Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch.), Zentrales Parteiarhiv (ZPA), J IV 2/3-1386 (Stenogramm des Dresdner Treffens, folgend SAPMO-BArch., Stenogramm), fol. 52.

Bilak mit dem Wort „freundschaftlich“ ausdrückte, nannte Ota Šik, der führende Wirtschaftsreformer der ČSSR, „eine klare Einmischung von außen in unsere innere politische Entwicklung, aus Angst vor der Ansteckungsgefahr dieser Entwicklung – auch wenn man versuchte, das Ganze in nur gut gemeinte Ratschläge von ‚Brüdern‘ einzukleiden.“²⁶ Doch Bilak verwahrte sich ebenso gegen die kompromisslosen verbalen Angriffe eines Wladislav Gomulka. Auch den ausländischen Diplomaten erschien das Dresdner Treffen als bemerkenswert. Der 1968 in Prag tätige US-amerikanische Diplomat Kenneth N. Skoug wertete Dresden als „the starkest sign yet that the emerging Prague Spring was very disconcerting to Czechoslovakia’s five ‚allies“ und sogar als „storm signal“.²⁷

Das Stenogramm des Treffens wurde in den 1990er-Jahren von Lutz Prieß aufgefunden, es lag in sechs Exemplaren in deutscher Sprache vor. Ursprünglich hatte überhaupt kein Protokoll angefertigt werden sollen. Breshnew selbst schickte die technischen Hilfsarbeiter hinaus.²⁸ Der inoffizielle Arbeitscharakter lässt sich in der Lückenhaftigkeit der stenografischen Aufzeichnungen – sowohl bei den Äußerungen als hinsichtlich fehlender Personen – noch deutlich fassen.²⁹

Das „Tribunal der Fünf“ bildete eine wesentliche Etappe der außenpolitischen Ereignisse zum Prager Frühling und muss, wie Reiner Pommerin meint, wie die anderen Dresdner Konferenzen in den Kontext europäischer Politik eingeordnet werden.³⁰ Auch sind Interaktionen zwischen der DDR-Bevölkerung und dem „Prager Frühling“ bisher nur in Teilen erforscht.³¹

Die ČSSR gehörte seit 1949 (Beitritt zum Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, RGW) und 1955 (Beitritt zum Warschauer Vertrag) fest zum sozialistischen Staatensystem. Schnell setzte die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei sozialistische Gesellschaftsformen durch. Die Landwirtschaft wurde in den 1950er-Jahren kollektiviert, selbst kleine Handwerksbetriebe wurden in Staatseigentum überführt, die

²⁶ OTA ŠIK, Prager Frühlingserwachen. Erinnerungen, Herford 1988, S. 228.

²⁷ KENNETH N. SKOUG JR., Czechoslovakia’s lost fight for freedom 1967–1979. An American embassy perspective, Westport 1999, S. 79. Er erhielt durch Jan Pelva, einem Mitarbeiter Šiks, Informationen über den Inhalt der Dresdner Beratung.

²⁸ SAPMO-BArch., Stenogramm, fol. 4.

²⁹ So vermerkt das Protokoll bei einem Redebeitrag eines Tschechoslowaken anstatt des Namens „ein Tscheche“ ohne Namensnennung. Ebd. (wie Anm. 28), fol. 5. Auch Namen von Tschechoslowaken, die in der Diskussion erwähnt wurden, finden sich mehrmals in verstümmelter Form.

³⁰ REINER POMMERIN, Keine Bauchnabelschau, in: Dresdner Neueste Nachrichten vom 12./13. August 2006, Sonderbeilage B 6.

³¹ MARK ALLISON, Politics and popular opinion in East Germany, Manchester 2000. Darin S. 139–157: East Germany between Socialist constitution and Prague Spring, S. 139–157. Ein frühes Beispiel, was freilich am DDR-Quellenmangel krankt und sich deshalb vor allem auf die Intellektuellen bezieht, ist PETER-CLAUS BURENS, Die DDR und der „Prager Frühling“. Bedeutung und Auswirkungen der tschechoslowakischen Erneuerungsbewegung für die Innenpolitik der DDR im Jahr 1968 (Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Bd. 41), Berlin 1981; ARMIN MITTER/STEFAN WOLLE, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 367–482: Das Jahr 1968: Die DDR und der Prager Frühling; RÜDIGER WENZKE, Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung, Berlin 1995, die auch vieles zu oppositionellen Aktivitäten in der DDR-Bevölkerung aussagt.

katholische Kirche war scharfen Verfolgungen ausgesetzt.³² 1960 verkündete die KPC den Übergang zum Kommunismus.³³ Zu diesem ideologischen Eifer und Dogmatismus stand die Bevölkerung in Opposition. Doch auch in der KPC gäerte es. Die Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit wurde immer größer, und die einzelnen Fraktionen innerhalb der Partei bildeten dies ab. Eine schwere Belastung, auch in der KPC, war die ungelöste Frage des Verhältnisses von Tschechen und Slowaken.³⁴ Die slowakische Unzufriedenheit wuchs ständig und ließ auf eine größere Mitbestimmung im gemeinsamen Staat drängen. Die Entstalinisierung in der Sowjetunion nach 1956 blieb in der ČSSR ohne Widerhall. Zu Beginn der 1960er-Jahre geriet die ČSSR in eine ökonomische Krise, ähnlich wie ihr nördlicher Nachbar, die DDR. Bei beiden Staaten wuchs der wirtschaftliche Abstand zu den westlichen Industrienationen. Dadurch ließ selbst ein Stalinist wie Antonin Novotny, Staatspräsident der ČSSR und Erster Sekretär der KPC, 1963 eine Kommission unter Ota Šik bilden, die neue Wirtschaftskonzepte entwickeln sollte.³⁵ Nach der Ablösung Nikita Chruschtschows durch Leonid Breschnew im Oktober 1964 jedoch wurden diese Reformmaßnahmen gestoppt. Dadurch geriet die Wirtschaft in immer größere Schwierigkeiten; die Auslandsschulden stiegen und der Reallohn der Arbeitenden sank kontinuierlich. Schließlich war auch die Lebensmittelversorgung nicht mehr gewährleistet. Die DDR hatte den wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit dem im Juli 1963 eingeführten „Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖSPL) entgegengesteuert, die den wirtschaftlichen Reformen in der Sowjetunion folgten.

Novotny galt als Symbolfigur des tschechischen Stalinismus. Wohl unter dem Einfluss von Breschnews Politik verschärfte er seit 1967 wieder den innenpolitischen Kurs, besonders gegen die Intellektuellen. Resolut ging er besonders gegen Schriftsteller vor, die wie Pavel Kohout oder Milan Kundera Parteistrafen erhielten. Viele Parteimitglieder und auch die Parteigremien drangen auf eine Lösung der vielen Probleme. Die Lage eskalierte im Oktober 1967 im Plenum des Zentralkomitees und des Politbüros. Novotny wurde der Rücktritt nahegelegt. Die erhoffte Unterstützung von Breschnew erhielt er nicht, so dass am 5. Januar 1968 der Slowake Alexander Dubček zum Ersten Sekretär der KPC gewählt wurde.³⁶ Er galt als Unbekannter, aber als linientreuer Kommunist. So vermochte sich auch Walter Ulbricht kaum eine Meinung über den neuen Parteichef zu bilden.

Zum 20. Jahrestag der kommunistischen Machtergreifung am 25. Februar 1948 äußerte Dubček öffentlich, dass in Zukunft die Bürgerrechte gewahrt und eine eigenständige Außenpolitik durch die ČSSR ausgeübt werden würden; Worte, die die befreundeten sozialistischen Regierungen alarmierten.³⁷ In dieser Rede Dubčeks entdeckte Breschnew *konterrevolutionäres Gerede*.³⁸ Diese ersten Ankündigungen Dubčeks ließen

³² JÖRG K. HOENSCH, Geschichte der Tschechoslowakei, Stuttgart/Berlin/Köln ³1992, S. 149-152.

³³ 1949 beschloss die KPC auf dem IX. Parteitag, den Sozialismus in der CSR aufzubauen.

³⁴ Besonders anlässlich des 20. Jahrestags des slowakischen Nationalaufstandes von 1944.

³⁵ Dazu MARIA KÖHLER-BAUR, Wirtschaftsreformen in der CSR/CSSR. Reformen und Reformvorhaben der sechziger Jahre, in: Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der CSSR, hrsg. von Christoph Boyer/Peter Skyba (Berichte und Studien, Bd. 20), Dresden 1999, S. 111-118.

³⁶ HOENSCH, Geschichte der Tschechoslowakei (wie Anm. 32), S. 164.

³⁷ Am 21./22.2.1968.

³⁸ VLADIMIR KADLEC, Dubček 1968, Köln 1985, S. 156.

Ulbricht am 22. Februar 1968 die Situation in der ČSSR mit der in Ungarn 1956 vergleichen, und er stellte die „theoretisch-ideologische Klarheit“ der KPC in Frage.³⁹ Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen Šiks würden eine Restauration des Kapitalismus bedeuten, so Ulbricht.⁴⁰ Anders als die SED, die die „Verfehlungen“ Prags deutlich aussprach, hatte Breshnew, auch mit dem Preis des Sturzes von Novotny,⁴¹ bis Januar 1968 versucht, die Situation in der ČSSR zu sichern, einen Status quo zu erhalten und die Entwicklung nicht weiter fortschreiten zu lassen. Durch die Warnungen des sowjetischen Botschafters in Prag, Stepan Tscherwonenko, aufgerüttelt, fand erst am 18. Januar 1968 eine Sitzung des Politbüros der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) statt, in der die Lage in der ČSSR thematisiert wurde.⁴²

Ulbricht sah sich selbst und die DDR als Paradebeispiel für einen Staat auf dem Weg zum Sozialismus und kritisierte das hohe Tempo der Einführung des Sozialismus in der ČSSR. Er hielt die KPC schon immer *für theoretisch schwach*.⁴³ Diese ideologisch stark belastete Beobachtung der tschechoslowakischen Entwicklung führte nun schnell zu einer Verschlechterung der Beziehungen beider Staaten. Ulbricht konstatierte schwere Fehler der ČSSR beim Aufbau des Sozialismus und verhielt sich daher wie fast der gesamte ostdeutsche Staats- und Parteiapparat seit Beginn der Schwierigkeiten in der ČSSR distanziert-überlegen gegenüber dem Nachbarland. Dies wirkte sich nicht nur auf Regierungsebene, sondern auch in den nachgeordneten Partei- und Massenorganisationen aus. Klagen verschiedener tschechoslowakischer politischer und gesellschaftlicher Vertreter oder Vereine über die deutlich von ostdeutschen SED- und Regierungsmitgliedern zur Schau gestellte Überlegenheit sind in den Akten häufig vermerkt.⁴⁴ Bereits 1965 waren der KPC *revisionistische Tendenzen* unterstellt worden, wie sie am deutlichsten Alfred Kurella auf dem XI. Plenum des Zentralkomitees der SED herauszustellen versuchte.⁴⁵ Argwöhnisch wurde jeder Versuch der „Brüderländer“ beäugt, gesellschaftliche Lockerungen oder Annäherungen an Westdeutschland zu diskutieren. 1966 führte Kurt Hager aus, *daß die KPC in mancher Hinsicht die Lage in der ČSSR, insbesondere unter einigen Kreisen der Intelligenz und der Jugend nicht kritisch genug einschätzt. Sicherlich gibt es bei den tschechoslowakischen Genossen eine gewisse Unterschätzung der gegnerischen Offensive und des Zusammenspiels der gegnerischen Kräfte mit liberalistischen und revisionistischen Kreisen*.⁴⁶ Diese Vor-

³⁹ SAPMO-BArch., Stenogramm, fol. 75.

⁴⁰ Prehled udalosti. Československo 1966–1971, hrsg. von KAREL URIANEK/MONIKA MICHALKOVA, Prag 1991, 22.2.1968.

⁴¹ Breshnews Worte: „Es ist eure Sache“ sind in diesem Zusammenhang, nicht im Kontext einer freien tschechoslowakischen Wahlmöglichkeit aufzufassen.

⁴² RUDOLF PICHOKA, Tchechoslovakija, 1968 god. Vzgljad iz Moskvy. Po dokumentam CK KPSS, in: Novaja i novejšaja istorija (1994) 6, S. 1-12, und (1995), 1, S. 34-48, hier S. 7. Tscherwonenko galt später als meist gehasster Mann im Prager Frühling.

⁴³ SAPMO-BArch., Stenogramm, fol. 75.

⁴⁴ Siehe dazu WOLFGANG SCHWARZ, Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und CSSR 1961–1968 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 97), München 2004.

⁴⁵ SAPMO-BArch. DY 30/IV 2/1-336 fol. 253. Vom 15. bis 18. Dezember 1965, das so genannte Kahlschlag-Plenum, da auf diesem konservative kulturpolitische Entscheidungen getroffen wurden, von der sich die DDR-Kultur lange nicht befreien konnte. Zwar nannte er die ČSSR nicht ausdrücklich, aber durch die vorherigen Diskussionen innerhalb der SED wird das Verständnis deutlich.

⁴⁶ SAPMO-BArch. DY 30/IV A 2/20-390. Informationen an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros beim Zentralkomitee der SED über eine Beratung mit Vertretern der KPC vom 21.1.1966.

würfe wurden in den folgenden Jahren wiederholt, und fanden sich z. B. auch in einem internen Brief der SED an die Basisorganisationen im Februar 1967, der für Empörung in Prag sorgte.⁴⁷ Die SED bemühte sich, die Wogen zu glätten, denn der Abschluss des „Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“, der am 17. März 1967 in Prag paraphiert werden sollte,⁴⁸ durfte nicht gefährdet werden, sondern die ČSSR musste straff in die einheitliche Linie der geforderten Anerkennung der DDR durch die westliche Welt eingebunden werden. Die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR konnte die SED nicht verhindern, wollte sie aber wenigstens verzögern. Auch nach Abschluss des Freundschaftsvertrages warf die SED der ČSSR weiterhin revisionistische Tendenzen vor und es hieß, dass dort dem „Klassenfeind der tiefste Einbruch in den kulturellen Bereich eines sozialistischen Landes“ gelungen sei.⁴⁹

Nicht nur in politischer, gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht, sondern auch in der Wirtschaft versuchte die SED, Vorbildfunktion gegenüber der ČSSR zu demonstrieren. Die Reformen von Ota Šik, die nur noch eine allgemeine Zielvorgabe vorsahen, ansonsten aber den Betrieben viel Spielraum lassen sollten, fanden in der SED keine Zustimmung. Juri Kosta, einer der Mitarbeiter Šiks, absolvierte 1967 eine Reise, um die tschechoslowakischen Wirtschaftsmaßnahmen in der DDR vorzustellen, jedoch ohne Resonanz. Seine Reise führte in nach Berlin, Halle und auch nach Freiberg, wo die „Urania“ diese Vorträge organisierte. Kosta schrieb: „Stets ergab sich das gleiche trostlose Bild: Etwa acht bis zehn beorderte ‚Teilnehmer‘ [...] verfolgten meine Präsentation mit gleichgültiger Miene [...] Meine ‚Vortragsreise‘ glich einer Farce.“⁵⁰ Dies belegt auch, wie selbst in untere Organisationsebenen hinein die Ablehnung organisiert wurde.

Doch auch die anderen sozialistischen Staaten standen vor ähnlichen Problemen wie die ČSSR. Wladislaw Gomulka sah sich mit den polnischen Studenten- und Schriftstellerprotesten im Februar und März 1968 konfrontiert, die sich ausdrücklich auf die Bewegung in der ČSSR bezogen. Selbst in der UdSSR kursierten seit 1967 Erzeugnisse des Samisdat und die so genannte „Untergrundchronik“.⁵¹ Die meisten Regierungschefs der sozialistischen Staaten Europas befürchteten ähnliche Entwicklungen wie in der ČSSR und drängten wohl Breshnew auf eine Aussprache mit den Tschechoslowaken, die er selbst auch als notwendig erachtete. Breshnew behauptete auf der Politbürositzung am 21. März 1968, dass Schiwkow, Kadar und Gomulka sehr beunruhigt über die Situation in der ČSSR wären und deshalb ein Treffen einberufen wollten; dem habe Breshnew entsprochen.⁵² Diese Sitzung, auf die Breshnew auch während des Dresdner Treffens zurückkam, gab die entscheidende Richtung und die Argumente für Dresden vor. Einig waren sich die Teilnehmer, dass die ČSSR nicht aufgegeben werden dürfte und die „Eiterbeulen“ vernichtet werden müssten. Breshnew telefonierte am 20. oder 21. März mit Dubček, „kündigte“ das Dresdner Treffen an und nannte die „wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der Blockstaaten“ als

⁴⁷ SCHWARZ, Brüderlich entzweit (wie Anm. 44), S. 235.

⁴⁸ Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 15 (1967), S. 1036-1040.

⁴⁹ Bericht des Genossen Baumgart zu einigen Problemen der kulturpolitischen Situation in der ČSSR vom 5.9.1967, SAPMO-BArch. DY 4182 Bd. 1/1232.

⁵⁰ JIRI KOSTA, Nie aufgegeben. Ein Leben zwischen Bangen und Hoffen, Berlin/Wien 2001, S. 140.

⁵¹ ALEXANDER VON TARNOW, Demokratie in der Illegalität. Die „Chronik“ der laufenden Ereignisse. Ein Untergrund-Informationsblatt in der Sowjetunion, Stuttgart 1971.

⁵² PICHOKA, Tchechoslovakija (wie Anm. 42), S. 11.

Thema.⁵³ Diese Aussagen Dubčeks lassen Breshnew als Spiritus rector des Treffens vermuten; dass Ulbricht auch selbst einer von denen war, die darauf gedrungen haben, ist zu vermuten. Ob er aber, wie Valentin Falin behauptete, als Hauptakteur zu bezeichnen ist, lässt sich nicht beweisen.⁵⁴ Wahrscheinlich resultiert diese von manchen Historikern vermutete Hauptverantwortung Ulbrichts aus der Wahl des Tagungsortes Dresden.⁵⁵ Die meisten Tschechoslowaken und auch Historiker schreiben Breshnew die Initiative zu. So auch der ehemalige tschechoslowakische Außenminister, Jiri Hajek.⁵⁶ Das Dresdner Treffen ist die erste „Ausssprache“ in einer Serie von 18 Gesprächen zum Thema ČSSR gewesen und muss daher in diesem übergreifenden Zusammenhang diskutiert werden.⁵⁷ Breshnew lässt sich für die meisten der 18 Treffen als Initiator erweisen, für manche wie das Dresdner jedoch nur vermuten. Die Wahl Dresdens als Tagungsort hatte einzig pragmatische Gründe; Breshnew und andere fürchteten, bei einem Treffen in Moskau würde Dubček aus Zeitgründen im Hinblick auf die Vorbereitung des Plenums des Zentralkomitees der KPC am 28. und 29. März absagen. So fiel die Wahl auf Dresden, die von Prag aus nächst gelegene bedeutende Großstadt im Ausland. Alle Historiker und Zeitzeugen erklären das Treffen als kurzfristig anberaumt; einzig Falin schrieb – wohl irrtümlich – ohne genaue Zeitangabe, „dass das Treffen in einigen Wochen [sic! K. H.] in Dresden stattfinden sollte“.⁵⁸

Ulbricht belog selbst das Zentralkomitee der SED, als er in seinem Schlusswort zur 5. Tagung des ZK am 21. März ausführte, die Ersten Sekretäre der kommunistischen Parteien der Sowjetunion, Bulgariens, der DDR, Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei (!) hätten gemeinsam das Dresdner Treffen kurzfristig vereinbart, um *einen Bericht des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der KPC über die Lage in der Tschechoslowakei entgegenzunehmen. Es wurde von uns gemeinsam die Bitte an Genossen Dubček herangezogen, über diese Fragen zu berichten, damit eine gemeinsame Aussprache und eine Klärung bestimmter Fragen möglich wird.*⁵⁹ Ulbricht ‚vergaß‘ bei

⁵³ DUBČEK, *Leben für die Freiheit* (wie Anm. 20), S. 210.

⁵⁴ Prieß u. a. gehen davon aus, S. 73. Falin war Mitglied einer Arbeitsgruppe im Außenministerium und stellte mit anderen Unterlagen für das Dresdner Treffen zusammen. In der Arbeitsgruppe waren noch Juri Andropow, Konstantin V. Russakow, Wassilij Sitnikow und Georgi Schachnasarow tätig. Andropow warnte bereits zu dieser Zeit vor einem Umsturz in der CSSR und forderte Maßnahmen „Wir können uns nicht auf die Rolle des Beobachters beschränken“; vgl. VALENTIN FALIN, *Politische Erinnerungen*, München 1993, S. 368; PAUER, Prag (wie Anm. 20), S. 43. Die Anwesenheit wertete er nicht als Vorbote einer eventuellen Invasion, sondern als einfache Stärkedemonstration.

⁵⁵ So auch Haefs, der 1969 die Aussage Falins noch nicht kennen konnte. Sein dokumentarischer Bericht ist immer noch eine der wichtigen Monographien zum Prager Frühling. HANSWILHELM HAEFS, *Die Ereignisse in der Tschechoslowakei vom 27.6.1967 bis 18.10.1968. Ein dokumentarischer Bericht*, Bonn 1969. Eine weitere wichtige Quellensammlung stammt von ROBIN ALISON REMINGTON, *Winter in Prague. Documents on Czechoslovak Communism in Crises*, Cambridge 1969. Weitere frühe Literatur zum Treffen in Dresden: JOSEF MAXA, *Die kontrollierte Revolution. Anatomie des Prager Frühlings*, Wien/Hamburg 1969, S. 130; ALEXEJ KUSAK/Franz Peter Künzel, *Der Sozialismus mit menschlichem Gesicht. Experiment und Beispiel der sozialistischen Reformation in der Tschechoslowakei*, München 1969, S. 155.

⁵⁶ JIRI HAJEK, *Begegnungen und Zusammenstöße. Erinnerungen des ehemaligen tschechoslowakischen Außenministers*, hrsg. von Wolfgang Leonhard (Edition Europäische Zeitzeugen, Bd. 5), Freiburg/Breisgau 1987, S. 183.

⁵⁷ Ebd. (wie Anm. 56), S. 183.

⁵⁸ FALIN, *Politische Erinnerungen* (wie Anm. 54), S. 369.

⁵⁹ SAPMO-BArch. ZPA IV 2/1/211.

diesen Ausführungen, dass Dubček andere Diskussionsthemen erhalten und auch nicht das Treffen einberufen hatte. Im Gegenteil wunderte der sich über die Eile der Einberufung. Die Tagung war bewusst kurz vor das ZK-Plenum platziert worden. Dubček stellte aufgrund der Aussagen von Breshnew eine wirtschaftspolitische Delegation zusammen, der der Ministerpräsident Jozef Lenárt, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Oldrich Cernik, der für die Wirtschaftsplanung zuständige Drahomir Kolder und der Generalsekretär der Slowakischen Kommunistischen Partei, Vasil Bilak, angehörten.⁶⁰ Doch erst kurz vor Beginn der Besprechung merkten die Tschechoslowaken an den Fragen ihrer ausländischen Kollegen, dass das Thema RGW nicht zur Sprache kommen würde.⁶¹ Stanko Todorow entsprach unbewusst oder bewusst dieser vorgegebenen Tagesordnung, als er in der Einleitung über die wirtschaftliche Zusammenarbeit sprach.⁶² Außerdem sollten angeblich „neofaschistische Aktivitäten“ in der Bundesrepublik Deutschland besprochen werden.⁶³

Für die Vorbereitung des Treffens bildete die DDR-Regierung einen Planungsstab. Zum Berichterstatter für die Organisation der Konferenz avancierte Erich Honecker.⁶⁴ Als Teilnehmer der Dresdner Tagung waren die Parteiführer und maximal je zehn Mitarbeiter und Experten vorgesehen.

Das Treffen wurde für 11 Uhr mit offenem Ende angesetzt; unterbrochen von einer zweieinhalbstündigen Mittagspause sowie Imbiss, Empfang und Abendessen im Neuen Rathaus. Das Mittagessen fand vermutlich in der Waldschänke Moritzburg statt; ein Quellenbeleg lässt sich hierfür nicht finden. Dort übernachtete auch die ungarische Abordnung. Im Erholungsheim der DDR-Regierung in Gorisch waren die Delegationen der DDR, Polens, der ČSSR und Bulgariens und im Erholungsheim Grillenburg die sowjetische Abordnung untergebracht, im Hotel Gewandhaus in Dresden und im Gästehaus der SED-Bezirksleitung, also in nächster Nähe zum Tagungsort, dem Neuen Rathaus, die übrigen Mitarbeiter und das technische Personal.⁶⁵ Von Seiten der Deutschen Demokratischen Republik nahmen Walter Ulbricht als Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED teil, Willy Stoph als Vorsitzender des Ministerrates, Erich Honecker als Sekretär des nationalen Verteidigungsrates und des ZK, der stellvertretende Außenminister Oskar Fischer und Werner Krolikowski als erster Sekretär der Bezirksleitung der SED Dresden.⁶⁶ Der Tagungsort Neues Rathaus erschien bis auf einen Aufsatz in der deutschen Forschung nicht,⁶⁷ während er in der

⁶⁰ Die Informationsmitteilung unterzeichneten aus Bulgarien: Stanko Todorow, Todor Shiwkow (nur geplant), A. Pashew, Ungarn: Janos Kadar, Jenö Fock, Imre Pardi, DDR: Walther Ulbricht, Willy Stoph, Erich Honecker, Werner Krolikowski (in SAPMO-BArch., Stenogramm, noch Oskar Fischer als Teilnehmer genannt), Polen: Wladislaw Gomulka, Jozef Cyrankiewicz, Stefan Jedrychowski, Edward Gierek, Sowjetunion: Leonid Breshnew, Alexei N. Kossygin, Andrej P. Kirilenko, Pjotr Y. Schelest, Nikolai K. Baibakow, Konstantin V. Russakow. Diese Namen stammen aus der Informationsmitteilung, die Militärs wurden darin nicht genannt. Vgl. Neues Deutschland vom 25.3.1968.

⁶¹ BILAK, Moskau (wie Anm. 21), S. 22 f.

⁶² SAPMO-BArch., Stenogramm, fol. 5.

⁶³ So SKOUG, Czechoslovakia's lost fight for freedom 1967–1979 (wie Anm. 27), S. 78.

⁶⁴ SAPMO-BArch. ZPA, DY 30, J IV 2/3-1386; DY 30 J IV/2/2-1160 (Politbüro-Sitzungsprotokolle 11/68 vom 19.3.: Das Sekretariat des Zentralkomitee der SED wurde beauftragt, die Vorbereitungen für die Dresdner Tagung zu treffen) und J IV 2/3-1384.

⁶⁵ SAPMO-BArch. ZPA, DY 30, J IV 2/3-1386.

⁶⁶ Ebd., fol. 3. Von keinem der Teilnehmer der DDR sind Stellungnahmen zum Dresdner Treffen bekannt.

⁶⁷ HERMANN, Das Rendezvous im Rathaus (wie Anm. 1).

tschechoslowakischen und angloamerikanischen Literatur genannt wird.⁶⁸ Warum das Neue Rathaus als Tagungsstätte ausgewählt wurde, ist nicht bekannt.

Rumänische Vertreter waren nicht eingeladen worden, und die rumänische Regierung protestierte dagegen.⁶⁹ Zu unsicher aber war den teilnehmenden sozialistischen Staaten Rumäniens Stellungnahme, was den Wunsch nach einem einheitlichen Vorgehen in Dresden zusätzlich verdeutlicht. Ohne Absprache hatte Rumänien am 31. Januar 1967 mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufgenommen und damit nach SED-Ansicht die einheitliche Linie der sozialistischen Länder zerstört.⁷⁰ Ulbricht verstieg sich sogar dazu, den Schritt Bukarests mit Chamberlains Appeasementpolitik gegenüber Hitler zu vergleichen.⁷¹ Bereits die Karlsbader Konferenz über „Frieden und Sicherheit in Europa“ am 26. April 1967 fand dann auch ohne Rumänien und Jugoslawien statt und Rumänien beteiligte sich auch nicht an der Invasion im August 1968.

Die ČSSR lehnte zu dieser Zeit die Anerkennung der BRD durch Rumäniens ab.⁷² An der „Zuverlässigkeit“ der ČSSR im Sinne der DDR konnte zunächst kein Zweifel bestehen. Dubček sicherte noch am 1. Februar 1968 die Kontinuität der tschechoslowakischen Außenpolitik zu.⁷³ Der Aufnahme diplomatischer Beziehungen sollte zuerst die Anerkennung der DDR durch Westdeutschland vorangehen. Ulbrichts Angst vor dem Herausbrechen einzelner sozialistischer Länder wird in vielen mündlichen Beiträgen deutlich. Er unterstellte den „imperialistischen Mächten“ einen „großen Plan“, um über die ČSSR Einfluss in Ungarn, Polen und in der DDR zu erhalten.⁷⁴ Dass sich die westlichen Mächte seit 1961 mit dem Status Quo zumindest in Europa abgefunden hatten, leugnete Ulbricht. Neben dieser außenpolitischen Konstante kritisierte Ulbricht vor allem die Aufhebung der Zensur, die Dezentralisierung der Wirtschaft, die Gleichberechtigung anderer Parteien und Organisationen, also die Aufgabe des Herrschaftsmonopols der KPC, was seiner Meinung nach an den Grundlagen des Sozialismus rüttelte.⁷⁵ Diese Haltung wird Dubček bekannt gewesen sein. Um so erstaunlicher ist sein Glaube an eine Dresdner Konferenz mit ausschließlich wirtschaftspolitischen Themen. Zudem unterschätzte er wohl die Geschlossenheit der teilnehmenden Staaten.

Dubček kam am 22. März mit dem Flugzeug nach Dresden und landete auf dem Flughafen Klotzsche. Den tschechoslowakischen Teilnehmern war die starke Präsenz sowjetischer Militärs aufgefallen, die bei Treffen dieser Art ungewöhnlich war und geeignet schien, die durch die „Bruderländer“ gegebenen „Ratschläge“ in das richtige Licht zu setzen. Um 11 Uhr eröffnete Ulbricht die Sitzung mit den Worten: *Ich hoffe, daß Sie sich in Dresden, das aus der Asche des zweiten Weltkrieges schöner denn je wiederersteht, wohl fühlen werden.* Im Kontrast dazu stehen die Erinnerungen Dubčeks, der nur kurz Dresdens früheren Glanz erwähnte und von der Stadt selbst auf dem Weg vom Flughafen in das Neue Rathaus wenig sah. Ulbricht kam sofort zum eigentlichen Thema, das Dubček überraschte: *Wir hoffen, daß uns Genosse Dubček als Leiter der*

68 WILLIAMS, Prague Spring (wie Anm. 18), S. 71.

69 HAEFS, Ereignisse in der Tschechoslowakei (wie Anm. 55), S. 104.

70 SCHWARZ, Brüderlich entzweit (wie Anm. 44), S. 227.

71 Ebd., S. 237.

72 Ebd., S. 231.

73 Ebd. (wie Anm. 44), S. 291.

74 Ulbricht auf der 8. Tagung des ZK der SED am 23. August 1968; vgl. SAPMO-Arch. ZPA IV 2/1/218.

75 Ulbricht ließ sich seit Mitte 1967 detaillierte Analysen über die Entwicklung in der ČSSR vorlegen; vgl. WENZKE, Die NVA und der Prager Frühling 1968 (wie Anm. 31), S. 56.

*Delegation der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei eine Information gibt über die Pläne des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und über die Vorbereitung ihres Aktionsprogramms.*⁷⁶ Dubček war empört und erwog, das Treffen gleich abzubrechen und nach Prag zurückzukehren.⁷⁷ In seiner Autobiographie zweifelt Dubček immer noch, ob das Verbleiben in Dresden richtig gewesen sei, für das er danach von den tschechoslowakischen Reformern auch heftig kritisiert worden ist. Jiri Hajek schrieb, alle Umstände hätten an der Zweckmäßigkeit des Treffens zweifeln lassen.⁷⁸ Zudem hatte Breshnew den anderen teilnehmenden Staatschefs die Bezeichnung „Konterrevolution“ für die Vorgänge in der ČSSR vorgegeben.⁷⁹ Jedenfalls war Dubček so verärgert, dass er sich nach seiner Einführungsrede nicht mehr an der Erwidern auf die Vorhaltungen beteiligte. Ulbricht ging in seinem „Eröffnungssermon“, wie Dubček es nannte, auch auf den *sich verstärkenden psychologischen Krieg gegen unser Land und auch gegen andere sozialistische Länder* ein und offenbarte damit seine Angst vor den Auswirkungen auf die DDR. Er hatte diesen Satz nach der Passage gebracht, dass der Gegner, insbesondere der westdeutsche Imperialismus, bestimmte Probleme der KPC und der Tschechoslowakei aufgegriffen habe und sie ausnutze.

Dubček versuchte nach dieser Einleitung, den Vorwürfen keinen Raum zu geben, sicherte zu, dass die führende Rolle der KPC noch weiter gefestigt und nicht geschwächt werden würde und sprach über das in Vorbereitung befindliche Aktionsprogramm.⁸⁰ Auch gestand er Fehler ein, die die Reformer gemacht hätten, wies aber gleichzeitig auf die Fehler Novotnys hin. Das Zugeben gemachter Fehler jedoch verhalte bei den anwesenden Staatsführern ohne Echo, ebenso wie seine Versicherungen, die Lage befände sich noch fest in den Händen der Partei. Problematisch erwies es sich, dass Dubček sich aufgrund der Fehlinformationen über den Tagungsinhalt nicht entsprechend vorbereiten konnte. Er musste aus dem Stegreif reden, während die anderen wohl präpariert waren.

Der nach ihm sprechende Breshnew ging auf das von Dubček Gesagte kaum ein; sondern folgte den abgestimmten Diskussionslinien, dass in der ČSSR die Konterrevolution ausgebrochen wäre. Vor allem höre man in der ČSSR nur noch die oppositionellen Kräfte, nicht mehr die Stimme der Partei. Breshnew behauptete, die ČSSR entferne sich aus dem sozialistischen Lager, und griff einzelne Minister der Regierung Dubček scharf an. Vor allem Josef Smrkovsky, einer der exponiertesten Reformer in der ČSSR, ins Visier. Breshnew warf ihm Begünstigung des Westens vor: *In der Parteipraxis ist es nicht üblich, daß irgendein Kohleminister oder Forstminister für das ZK und für die Bundesrepublik Interviews gibt, und zwar ein antisozialistisches, antikommunistisches Interview, ein Interview, für das man Million Dollar zahlen könnte [...]*⁸¹ Die tschechische Armee, so Breshnew, halte nur noch Meetings ab und wäre nicht mehr kampffähig. Dieser Vorwurf rüttelte an den Grundfesten der Militärstrategie der sozialistischen Länder, hatte doch die ČSSR lange Grenzen mit dem westlichen Aus-

⁷⁶ SAPMO-BArch., Stenogramm, fol. 2.

⁷⁷ DUBČEK, *Leben für die Freiheit* (wie Anm. 20), S. 211.

⁷⁸ HAJEK, *Begegnungen und Zusammenstöße* (wie Anm. 56), S. 183.

⁷⁹ PAUER, Prag 1968 (wie Anm. 20), S. 36 f., 39 und 61 f. Auch RUDOLF PIKHOIA, 1968 vu de Moscou. Comment l'invasion fut préparée, in: *Le printemps tchécoslovaque 1968*, hrsg. von Francois Fejtö/Jacques Rupnik, Brüssel 1999, S. 137 (Dresdner Treffen: S. 138-140).

⁸⁰ „Wie ist die führende Rolle der Partei zu festigen?“, SAPMO-BArch., Stenogramm, fol. 21.

⁸¹ Ebd., fol. 67.

land und eine wichtige Stellung im Warschauer Vertrag. Schließlich gipfelten Breshnews Ausführungen in dem Satz *In der nächsten Zeit werden Sie vor dem Tribunal stehen. Wir möchten das nicht erleben.*⁸² In der Erinnerung stimmte Bilak Breshnews Rede vollkommen zu und schilderte dessen Ausführungen, ohne dass er einen Fehler konstatierte: „Nach meiner Wahrnehmung war Breshnews Rede Ausdruck von Fürsorge und aufrichtiger Bereitschaft zu helfen. Er wollte uns ermutigen, nicht entmutigen.“⁸³

Nachdem noch ein weiterer Gesprächsteilnehmer gesprochen hatte, begann die Mittagspause und die Tschechoslowaken hofften, die anderen Regierungschefs würden den Ausführungen von Ulbricht und Breshnews nicht folgen. Stattdessen erhielt nach der Pause Wladislaw Gomulka das Wort, dessen Rede selbst Bilak als Beleidigung empfand.⁸⁴ Gomulka verglich die Entwicklungen in der ČSSR und Polen und stellte klar, dass es sich nicht nur um Angelegenheit der ČSSR, sondern des gesamten sozialistischen Lagers handeln würde. Damit war auf der Dresdner Tagung die Begründung für die Invasion im August gelegt. Hierin liegt die eigentliche Bedeutung des „Tribunals der Fünf“ für die Geschichte des Prager Frühlings. Gomulka ereiferte sich immer mehr, unterstellte, dass in der Tschechoslowakei eine Atmosphäre des Terrors und der Konterrevolution herrsche. Schließlich warteten dort bereits *die trockenen Äste zum Erhängen* auf die Kommunisten.⁸⁵ Kadar fragte, ob die Tschechoslowaken bereits wüssten, wer ihr Imre Nagy werden würde.⁸⁶

Gefürchtet wurde der Redebeitrag Ulbrichts. Der stellte vor allem die Folgen für die DDR dar und fragte, ob Dubček die Lage meistern könnte. Besonders deutlich führte Ulbricht aus, dass die KPC ideologisch nicht gefestigt wäre. Die SED habe aus dem 17. Juni 1953 gelernt und sei danach Schritt für Schritt vorgegangen und nicht mehr so überstürzt wie die KPC.⁸⁷ Herablassend kritisierte er die Empörung der Tschechoslowaken darüber, dass die DDR-Medien verzerrt über die ČSSR berichteten: *Aber, liebe Genossen, wir stehen doch nicht unter der Zensur irgendeines Prager Organs. Wenn die Genossen damit beginnen, eine Zensur über das ‚Neue Deutschland‘ auszuüben, was soll dann herauskommen?*⁸⁸ Auch er warf der ČSSR *organisierte Konterrevolution* vor.

Nach weiteren Beiträgen versuchte die tschechoslowakische Delegation, die Vorwürfe zu entkräften, was aber nicht gelang. Bilak schrieb, die deutliche Unterscheidung in „wir“ und „ihr“ habe innerhalb der tschechoslowakischen Delegation zur Solidarisierung mit Dubček geführt.⁸⁹ Das vorab entworfene Kommuniqué lehnten die Tschechoslowaken dann auch ab, da es die *Aktivierung [von] revisionistischen und antisozialistischen Elementen*, in der ČSSR behauptete *um die politischen und ökonomischen Grundlagen des Sozialismus in der Tschechoslowakei zu untergraben.*⁹⁰ Es wurde daher eine neue „Informationsmitteilung“ entworfen und in der Presse abgedruckt, *die die militaristischen und neonazistischen Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland, die Wachsamkeit bezüglich der aggressiven Bestrebungen und subversiven Aktionen der imperialistischen Kräfte* und eine *gegenseitige Informierung über die*

⁸² Ebd., fol. 73.

⁸³ BILAK, Moskau (wie Anm. 21), S. 30.

⁸⁴ Ebd., S. 30 ff.

⁸⁵ SAPMO-BArch., Stenogramm, fol. 101 und 97.

⁸⁶ Ebd., fol. 121.

⁸⁷ Ebd., fol. 141.

⁸⁸ Ebd., fol. 135.

⁸⁹ BILAK, Moskau (wie Anm. 21), S. 40.

⁹⁰ Ebd., S. 40.

Lage in den sozialistischen Bruderländern als Inhalt benannte. Es verschwieg aber wenigstens nicht, dass die tschechoslowakischen Vertreter besonders über die Entwicklung in der ČSSR berichtet hatten, wenn dies auch relativierend in den allgemeinen Informationen der Staatsführer eingebettet gewesen sein soll.⁹¹ Die Öffentlichkeit in der ČSSR äußerte Zweifel an der Aufrichtigkeit der „Bruderländer“, zumal bald bekannt wurde, dass man in Dresden ausschließlich über die Entwicklung in der ČSSR gesprochen hatte.⁹²

Das Dresdner Treffen war ursprünglich als geheim einberufen worden. Offensichtlich hatte man den Eindruck vermeiden wollen, es sei zum Zweck der Maßregelung veranstaltet worden. Als jedoch mitten in der Sitzung die Meldung hineingetragen wurde, dass bereits westliche Medien über das Dresdner Treffen berichteten, wurde über die Konferenz auch in den östlichen Medien informiert.

Die Sitzung wurde um 22.50 Uhr beendet. Dem schloss sich ein festliches Abendessen an, bei dem sich die Tschechoslowaken an die Jünger Jesu beim letzten Abendmahl erinnert fühlten, einschließlich von Judas.⁹³ Mitternacht flogen sie nach Prag zurück. Auf dem Flug ließ sich Dubček von allen Teilnehmern das Versprechen geben, nichts über den Inhalt des Treffens zu erzählen. Am 25. März informierte Dubček das ZK der KPC. Zehn Prozent, so Bilak, war die Wahrheit, der Rest ausgedacht.⁹⁴ Dubček stellte das Treffen als eines der regelmäßigen dar, so wie sie am 6. und 7. März 1968 in Sofia vereinbart worden war. Von den Mitgliedern des ZK gab es keine Nachfragen, obwohl den meisten der wahre Grund des Treffens bewusst gewesen sein dürfte. Dubček nannte als Fazit des Gesprächs, es bestünden Sorgen, dass einige negative Erscheinungen der Reformbewegung missbraucht werden könnten. Die Verbündeten müssten daher mehr Informationen über die Entwicklungen in der Tschechoslowakei erhalten.

Das Dresdner Treffen stärkte die konservativen Elemente in der KPC, die die Sowjetunion nicht provozieren wollten. Der Flügel um Dubček versuchte dagegen, noch schneller und noch weiter gehende Reformen durchzuführen.

Das in Dresden ursprünglich vorgesehene Kommuniqué fand schließlich am 15. Juli 1968 Verwendung. Dieser so genannte „Warschauer Brief“ an Dubček knüpfte auch formal an der Dresdner Fassung an und zeigte somit die Stringenz der Vorwürfe. Dieser Text bildete die Grundlage für die Sowjets, Dubček zur Umkehr anzumahnen, seine Nichtbeachtung wurde von den Sowjets sogar als Nichterfüllung von Abmachungen interpretiert. In Dresden hatte sich zudem eine kleine Gruppe sozialistischer Länder gefunden, die vom Anspruch her fürderhin den inneren Kreis des sozialistischen Lagers bildeten. Rumänien blieb davon ausgeschlossen. Durch die in Dresden vollzogene interpretatorische Festlegung auf eine in der ČSSR ausbrechende Konterrevolution wurde schließlich die Begründung für ein Eingreifen vorgezeichnet; die spätere Breshnewdoktrin von der eingeschränkten Souveränität der sozialistischen Staaten äußerte sich dort zum ersten Mal. Auch durch die erfolglose Dresdner Tagung alarmiert, planten die sozialistischen Länder bereits seit Mitte April eine Invasion in die ČSSR.⁹⁵ Die DDR sollte sich daran dann nur mit wenigen Soldaten beteiligen, aber

⁹¹ Ursprünglich sollte es 8 Uhr herausgegeben werden. Auf Ulbrichts Einwand, dass die *Westmedien früher als unsere kommen*, wurde der Erscheinungszeitpunkt auf 7 Uhr gelegt.

⁹² HAJEK, *Begegnungen und Zusammenstöße* (wie Anm. 56), S. 183.

⁹³ BILAK, *Moskau* (wie Anm. 21), S. 42. Bilak schrieb keinem Konferenzteilnehmer die Rolle von Judas zu.

⁹⁴ Ebd., S. 42.

⁹⁵ HOENSCH, *Geschichte der Tschechoslowakei* (wie Anm. 32), S. 167.

sie gehörte zu den Staaten, die den größten politischen Druck auf die Prager Reformer ausübten und damit wesentlich zum Scheitern des Prager Frühlings beitrugen.⁹⁶

Die Dresdner Bilanz als historischer Konferenzort bleibt insgesamt zwiespältig. Nach den Konferenzen von 1850/51 erscheint das in der außenpolitischen Bedeutung nivellierte Dresden nur noch dann als Tagungsort, wenn pragmatische Gründe dafür sprachen. Dies gilt auch für das „Tribunal der Fünf“ 1968. Ein „Staatsbesuch“ wie die Treffen von 1617 und 1850/51 war es nicht.

Auch die frühere Mittlerrolle zwischen Großmächten spiegelte sich in den ab 1851 stattfindenden Dresdner Konferenzen nicht mehr wider. Außenpolitisches Ansehen wirkt sich damit nicht nur auf die aktive Politik aus, sondern auch bei der Ortswahl für eine Mittlerfunktion. Der Verzicht auf das übliche Zusammentreffen nach der Konferenz in Dresden 1968 begegnet bereits im fehlenden Rahmenprogramm der Tagungen nach 1813.⁹⁷ Improvisation war auch 1989 notwendig, als sich Helmut Kohl innerhalb weniger Stunden auf eine Rede vor der Frauenkirchenruine vorbereiten musste. Doch ungeachtet fehlender Rahmenprogramme, fehlender sächsischer Beteiligung oder erst kurzfristiger Einladungen waren diese Konferenzen, die in Dresden stattfanden, oft entscheidende Wegmarken für die jeweilige europäische Entwicklung.

⁹⁶ Überdies wurde vom Gebiet der DDR mit Zeitungen und einem Geheimsender gezielt Propaganda in der ČSSR betrieben, um die Stimmung gegen die Reformer zu wenden. So sendete Radio „Vltava“ („Moldau“) nach einem Testbetrieb seit dem Tag der Invasion am 21. August 1968 bis zum 12. Februar 1969 auf Anordnung Honeckers aus einer Sendestation bei Wilsdruff (ein 250 kW-Sender auf der Frequenz 1235 KhZ). SAPMO-BArch., ZPA, J IV 2/2/1183 und IV A 2/2028/142. Nach WENZKE, Die NVA und der Prager Frühling 1968 (wie Anm. 31), S. 64 f. Außerdem Mitteilungen von Jan Balzer. Dazu BILAK, Moskau (wie Anm. 21), S. 224.

⁹⁷ Wieder mit Ausnahme der Dresdner Konferenzen von 1850/51.